

# Bergarbeiter-Zeitung

## Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Schick-Konto: Hannover 576 13  
Schick-Konto: Essen 241 71

Der Abonnementspreis beträgt durch Post bezogen monatlich 75 Goldpfennig  
Anzeigenpreis: Die siebenstellige Kolonelle oder deren Raum 100 Goldpfennig



Verantwortlich für den Inhalt: Heiter, Limberg, Essen. Druck: A. Vossmann & Co., Bodum  
Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bodum I. 21, Wilmshäuser Straße 38-42  
Telefon-Nr.: 4300, 4301, 4302  
Telegramm: Arbeiterverband Bodum

# Kampf-Weihnacht.

Weihnachten! Fest des Friedens und der Freude!

So sollte es sein, so könnte es sein, wenn wahres Christentum und Sozialismus vereinbare Dinge wären. Aber sie sind nicht vereinbar, werden es nie sein! Christliche Gelehrte, wie Thomas von Aquino und andere, haben Eigentumslehren aufgestellt, die sich von sozialistischen Eigentumsbegriffen so wenig unterscheiden wie ein Ei vom andern. Sozialistischen Theoretikern wäre das nie möglich und kapitalistischen Praktikern dient falsches Christentum nur als Stöcker für das dumme Volk. Wir sagen damit nichts gegen echtes Christentum, gegen wahre Religiosität, wie der Einzelne sich dazu stellt, ist seine Sache. Wir konstatieren nur: Noch gibt es keinen Weihnachts-, keinen Völkerefrieden und um zu ihm zu kommen, bedarf es des ersten, konzentrierten Kampfes um das Recht der Arbeit, des Arbeitnehmers. Die Notwendigkeit dieses Kampfes zu erkennen, für ihn uns zu sammeln, das soll unsere Weihnachtsaufgabe sein.

Die Wahlen sind vorbei. Ihr Ergebnis ist für die Anhänger der Republik, für die Sozialdemokraten erfreulich; es ist ein weiterer Beweis für die fortschreitende Gesundung unseres Volkes, wenn es auch noch nicht eine solche Umkehrung der Parteigruppierungen ist, wie wir sie wünschen müssen. Es erhielten Stimmen:

Sozialdemokratie	7 788 250	(6 008 713)
Deutschnationale Volkspartei	6 122 255	(5 696 325)
Zentrum	4 061 593	(3 914 379)
Kommunisten	2 679 429	(3 693 139)
Deutsche Volkspartei	3 017 132	(2 694 357)
Nationalsozialisten	891 671	(1 918 310)
Deutsche Demokratische Partei	1 902 646	(1 655 076)
Bayerische Volkspartei	1 111 756	(946 648)
Wirtschaftspartei, Bayer. Bauernb.	995 723	(693 606)
Landbund	498 003	(574 934)
Deutsch-Hannoversche Partei	258 145	(319 792)

Die Mandate im Reichstag verteilen sich wie folgt (die eingeklammerten Zahlen sind die vom 1. Mai 1924):

Sozialdemokratie	131	(100)
Deutschnationale Volkspartei	103	(96)
Zentrum	69	(65)
Kommunisten	45	(62)
Deutsche Volkspartei	51	(41)
Nationalsozialisten	14	(32)
Demokraten	32	(28)
Bayerische Volkspartei	19	(16)
Wirtschaftspartei	17	(10)
Landbund	8	(10)
Deutsch-Hannoversche Partei	4	(5)

Die extremen Flügelparteien, Völkische und Kommunisten, sind sehr geschwächt, die Sozialdemokratie hat bedeutenden Gewinn, die anderen bürgerlichen Parteien mäßige Gewinne zu verzeichnen. Fast 600 000 Stimmen sind für die kleinen Splitterparteien abgegeben und ohne Mandate geblieben. Die Kommunisten haben eine Million verloren, die Sozialdemokraten 1 1/2 Millionen gewonnen. In alten Parteibezirken, wie Magdeburg, hat die Sozialdemokratie überwältigende Mehrheiten, die Kommunisten oft nur einzelne Stimmen bei vielen Hundert sozialdemokratischen.

Eines ist bei Vergleich der Wahlergebnisse ganz deutlich: In den Bezirken mit bodenständiger, einheimischer Bevölkerung sind die Kommunisten sozusagen erledigt, sie sind dort bedeutungslos. Das zeigt sich ortsweise im Ruhrgebiet, im Mitteldeutschland. Gehalten haben sich die Kommunisten nur stellenweise in Mitteldeutschland, sonst haben sie überall bedeutende Rückschläge zu verzeichnen. Im Ruhrgebiet sind es die dichtbesiedelten Orte, die viel mit Ruhrfremden durchsetzt sind, ja in den einzelnen Städten unterscheidet man deutlich, wie in den Glendbezirken der Kommunisten weniger zurückgegangen sind, als in den anderen Ortsteilen. Es ist ganz klar: kommunistische Stimmabgabe ist die erklärliche Reaktion der gewerkschaftlich und politisch Ungeübten auf das wirtschaftliche Elend.

Ehe dies Elend nicht einjermachen beiseite ist, kommen wir nicht zur Ruhe in Deutschland, nicht zur wirtschaftlichen, politischen Beruhigung. Die dem Elend gilt der Kampf der nächsten Zukunft. In diesem Kampf wird der Reichstag, die Zusammensetzung der neuen Regierung eine nicht unbedeutende, wenn auch letzten Endes nicht die entscheidende Rolle spielen.

Bürgerblock oder nicht? Dies Rätselraten wird jetzt wieder beginnen. Man kann sich schlecht vorstellen, daß dieser Bürgerblock, eine Regierung von den Demokraten oder vom Zentrum bis zu den Deutschnationalen, zustande kommen sollte. Aber nichts ist in der deutschen Politik unmöglich!

Die Deutsche Volkspartei hat den Wahlkampf unter der Flagge schwarz-weiß-rot geführt. Stresemann hat als Außenminister der deutschen Republik dies Treiben mitgemacht. Der Handel um die Regierungsbildung wird sich wahrscheinlich so einleiten, daß Marx die Sozialdemokraten in die Regierung einer großen Koalition (Sozialdemokraten bis Deutsche Volkspartei) zu bekommen sucht, die Volkspartei wird ohne Deutschnationale nicht wollen und damit ist eine Etappe der Verhandlungen erledigt. Wie es dann weiter geht, hängt hauptsächlich vom Zentrum ab.

Die freien Gewerkschaften haben sich restlos für die Sozialdemokraten eingesetzt, ihnen ist wesentlich der sozialdemokratische Partischnritt zu verdanken. Die Gewerkschaften haben diese Stellung eingenommen, trotzdem sie nach wie vor die parteipolitische Gebundenheit für sich ablehnen. Sie nehmen

nicht wie die Union Befehle von einer politischen Partei entgegen, aber bei den weittragenden Entscheidungen, die der neue Reichstag zu fällen hat, mußten sie sich für die Unterstützung der ihnen am nächsten stehenden Partei bei dieser Wahl entscheiden.

Der neue Reichstag hat in der Lebensfrage der deutschen Arbeiter, der Ratifizierung des Abkommens von Washington, des Achtstundentages, zu entscheiden. Und hier liegt die Entscheidung beim Zentrum: will es das für die Arbeitnehmerische Notwendige, dann wird es Geset. In Steuer- und Zollfragen wird die Entscheidung noch kritischer. Die Lohnpolitik und die verschiedenen Fragen der Sozialreform sind im letzten Jahr von den Unternehmern in einem Sinn beeinflusst und von der Regierung in einem Sinn erledigt worden, die für die Arbeitnehmer untraglich geworden ist. In all diesen Fragen ist es für die Arbeitnehmerische nicht gleichgültig, wer in der Regierung sitzt.

Lohnfrage in den verschiedenen Bezirken. Verkleppung mit Hilfe amtlicher Stellen und dann mit Hilfe derselben Stellen Entscheidungen, die keinesfalls den berechtigten Forderungen der Arbeiter entsprechen.

Wenn das anders werden soll, müssen die Bergleute reich und energisch ihre Organisation stärken und, wenn nötig, dem politisch-parlamentarischen Rechte um die Arbeiterforderungen stärksten wirtschaftlichen Nachdruck verleihen!

## Lohn und Arbeitszeit.

### Neuer Lohnschiebspruch im Ruhrbergbau.

Die für Mittwoch, den 10. Dezember, vom Reichsarbeitsministerium nach Essen einberufenen nachmaligen Verhandlungen über die Verbindlichkeitsklärung des Lohnschiebspruchs im Ruhrbergbau vom 25. November führten zu keiner Einigung der sich gegenüberstehenden Parteien. Trotzdem der Schiebspruch vom 25. November nur eine Vorkühnung von 8,9 Prozent vorstellt, versuchten die Vertreter des Reichsarbeitsministeriums, die Verhandlungsführer der Bergarbeiterorganisationen einer Reihe wesentlicher Verschlechterungen im Rahmen dieses Schiebspruches zuzustimmen. So wurde u. a. versucht, die Lohnerbhöhung in dem vorgesehene Umfang für die Bergarbeiter der südlichen Randgebiete nicht zur Anwendung kommen zu lassen. Außerdem sollten die Arbeitnehmervertreter zustimmen, daß die Lohnerbhöhungen für die ungelerneten Arbeiter über Tage stark beschränkt würden. Die Arbeitnehmervertreter konnten selbstverständlich einer derartigen Vermittlung des schon an und für sich unzulänglichen Schiebspruches ihre Zustimmung nicht erteilen. Darauf ließ der Reichsarbeitsminister telefonisch mitteilen, daß er unter diesen Umständen nicht in der Lage sei, den vom Schlichter Medlich gefällten Schiebspruch für verbindlich zu erklären. Mit dieser Stellungnahme trat der Reichsarbeitsminister ganz unabweislich der schwerwiegenden Propaganda gegen die minimalen Lohnforderungen der Ruhrbergarbeiter Rechnung.

Im Anschluß an diese Verhandlungen leitete der Reichsarbeitsminister sofort ein Zwangsschlichtungsverfahren zur Erledigung der Lohnforderungen der Bergarbeiter ein. Als Vorsitzender fungierte der Präsident der Reichsarbeitsverwaltung Dr. Ehrup. Mit dieser Maßnahme verfolgte der Reichsarbeitsminister die Taktik, die Frage der Mehrarbeit mit dem neu zu fällenden Zwangsschiebspruch über die Lohnregelung im Ruhrbergbau zu verknüpfen. Ohne jede Vorverhandlung wollte man auf diesem Wege die Mehrarbeit unfindbar bis zum 31. März festlegen. Die Arbeitnehmervertreter antworteten auf diesen unternehmerfreundlichen Schachzug sofort mit der Jurisdiktion der am 20. November ausgedruckten Kündigung des Ueberarbeitsabkommens. Sie verhinderten damit, daß die Arbeitszeit durch die Entscheidung des Zwangsschlichtungsausschusses bis zum 31. März verlängert würde. Mit dieser Taktik haben sich die Organisationsvertreter der Bergarbeiter die Freiheit der selbständigen Entschliebung bewahrt. Die Bergarbeiterorganisationen werden sich sofort mit der neuen Situation befassen. Zu dem neugefallenen, nachstehend veröffentlichten Zwangsschiebspruch, der gegen die Stimmen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber gefällig wurde, werden die Organisationen ebenfalls Stellung nehmen.

Vom 1. Dezember ab erhoben sich die Löhne der Lohnordnung wie folgt: der Zimmererlohn von 5,60 auf 6,10 M., für angelernte Arbeiter von 5,20 auf 5,65 M., für ungelernete Arbeiter von 4,80 auf 5,15 M. Die dazwischenliegenden Schichtlöhne ändern sich entsprechend. Die südlichen Randgebiete, die bisher die festgesetzten Löhne um 5 bzw. 7 Prozent unterschreiten durften, dürfen vom 1. Dezember 1924 ab die Löhne um 6 bzw. 9 Prozent unterschreiten. Im übrigen bleibt die Lohnordnung bestehen. Die neue Lohnregelung kann gemäß § 13 des Tarifvertrages vom 16. bzw. 27. Mai 1921 erstmalig Ende Februar 1925 gekündigt werden. Die Kündigungsfrist läuft bis 13. Dez., mittags 12 Uhr.

### Die Lohnverhandlungen im Aachener Steinkohlenrevier

führen zu keinem Ergebnis. Eine auf Vereinbarung eingesezte Schlichtungskammer unter Vorsitz des Bezirksamtschlichters Schneider-Köln fällt einen Schiebspruch, der eine Lohnerbhöhung von 9 Prozent auf die jeweiligen Löhne vorstellt. Die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen haben sich Samstag, den 13. Dezember, über Annahme oder Ablehnung des Schiebspruches zu entscheiden.

### Lohnbewegung in der Thüringischen Schiefer-Industrie.

Zeit Wochen stehen die Schieferarbeiter in einer Lohnbewegung, ohne bisher in den Kampf auch nur der geringsten Lohnerbhöhung gekommen zu sein. Mangels einer Verständigung in freier Verhandlung mußte der Schlichtungsausschuß angerufen werden, welcher durch Schiebspruch eine Erhöhung der Löhne um 10 Prozent zubilligte. Auch dieser Spruch wurde von den Arbeitgebern abgelehnt. Durch dieses Verhalten ist in den Bergschichten eine Erregung entstanden, die eine weitere Verschärfung durch die mehr als merkwürdige Einstellung des Schlichters für Thüringen erfahren hat. Der K-Tag auf Verbindlichkeitsklärung des gefällten Schiebspruches wurde nämlich von dem Schlichter abgelehnt, trotzdem er in seiner Begründung darauf hinweist, daß eine Erhöhung der Stundenlöhne dringend geboten erscheine und auch diese von den Arbeitgebern mit aller Entschiedenheit erwartet.

Daß die Schieferindustriellen sehr wohl diese geringfügige Erhöhung tragen können, geht aus der einen Tatsache hervor, daß die Schieferpreise heute noch 60 Prozent über den Friedenspreisen liegen. Das Argument der Arbeitgeber, die Schieferpreise zu ermäßigen, ist ein Hochaufgebläht, um den Schlichter für sich einzufangen, was den Bergschichten ja auch glänzend gelungen ist.

In einer Funktionärskonferenz, die sich am 2. Dezember mit dem Stand der Lohnbewegung beschäftigte und in welcher jeder Betrieb durch den Obmann der Betriebsvertretung sowie alle Zahlstellen des Bergarbeiterverbandes vertreten waren, wurde nach einem Bericht des Kameraden Gräfer, an welchen sich eine ausgiebige Diskussion anschloß, in der das Verhalten der Unternehmer sowie des Schlichters scharf gegeißelt wurde, nachstehende Entschliebung einstimmig angenommen:

## Das Fest der Liebe

Fest der Liebe! Glocken hallen.  
In der Krippe liegt ein Kind.  
Es bringt Frieden, Wohlgefallen  
allen, die auf Erden wallen,  
und des guten Willens sind.

Weihnachtszauber! Weihnachtsglück!  
Lieder schallen. Sterne flimmern.  
Tannen duften. Kerzen schimmern.  
Freude strahlt aus jedem Blick.  
Reichbeschenkte Kinder jubeln,  
singen, springen, juchzen, trubeln.  
Große Kuchen mit Rosinen.

So könnte es sein, wenn alle, die jetzt in die Kirche treten  
und vor der Krippe zum menschengewordenen Heiland beten,  
nach ihren frommen Worten auch handeln wollten  
und nicht die Armen geistig und leiblich mißhandeln sollten.  
Sobald sie aber die Kirche verlassen,  
denken sie wieder an ihre Profile und Kassen  
und ziehen dem Nächsten das Fell über die Ohren  
gemäß des Wechsels: Freue dich, Menschheit, denn dir ist der Heiland geboren!

Victor Kalinowski

wer Reichsarbeits-, Wirtschafts- oder Finanzminister ist. Die Gewerkschaften werden demnächst genau aufpassen haben, was in diesen Fragen gespielt wird. Sie werden zu jeder zu lösenden Frage früh genug und energisch Stellung zu nehmen und ihr Gewicht in die Waagschale zu werfen haben.

Die Erfahrungen in der Vergalohnungspolitik zeigen deutlich, wie es vor allen Dingen auf die Stärke der Organisation ankommt, wie aber daneben der Geist von Bedeutung ist, der bei den Staats- und Reichsstellen in solchen Fragen herrscht. Die Unternehmer lassen nicht von ihrer vorgesezten Meinung, daß der Wirtschaft nur aufzuhelfen sei mit Arbeitszeitverlängerung und Lohnruhr. Sie vertreten diesen Standpunkt brutaler denn je und werden alles versuchen, die Politik des Reichstags und der Regierung in ihrem Sinne zu beeinflussen, wie sie es bisher leider viel zu sehr konnten.

Lohnerhöhungen, die absolut notwendig geworden sind infolge der Preissteigerungen der letzten Monate, werden von den Unternehmern meist glatt abgelehnt. Besonders die "Deutsche Bergwerks-Ztg." mit Dr. Jungst leitet sich in der Begründung dieser Ablehnungen alles Mögliche. Während Unternehmer bei Verhandlungen noch zugeben, daß die Bergarbeiterlöhne wirklich zu niedrig sind, daß sie aber leider bei der Wirtschaftslage nicht mehr zahlen könnten, übt sich Dr. Jungst in Zahlenexperimenten, mit denen er leiblich nachzuweisen versucht, daß der Steuerlohn im Ruhrgebiet 9,37 Prozent über den höchsten Friedenslöhnen stehe. Wenn das richtig wäre, dann ständen diesen 109 Prozent Friedenslohn mindestens auf 150 Prozent gestiegene Lebenshaltungskosten gegenüber! Aber die "Bergw.-Ztg." geht noch weiter. Sie verweist auf die Freiheit, die neuen Lohnforderungen als einen Volksbetrug zu bezeichnen, der nur im Interesse der 60- bis 70 000 Gewerkschaftssekretäre liege, "die Demagogie mit wirtschaftlicher Einsicht verwechseln". Zu dieser Unverschämtheit wird die "Bergw.-Ztg." verführt durch ihre Meinung, daß Lohnerhöhungen Preiserhöhungen und neue Inflation nach sich ziehen müßten.

So muß es aber durchaus nicht sein! Die heutigen Preise für allen möglichen Lebensbedarf sind viel zu hoch, aber jeder Preisabbau, der dieselbe Wirkung hätte wie eine Lohnerbhöhung, wird von allen kapitalistisch interessierten Kreisen unmöglich gemacht! Baut die Preise ab, dann brauchen die Löhne nicht oder nicht erheblich steigen. Sonst aber müssen Lohnerbhöhungen kommen!

Wie gefährdend die Entwicklung der nächsten Zukunft für die Bergarbeiterchaft ist, zeigen die Entscheidungen in der

Die am 2. Dezember 1921 in Gähners Restaurant in Lehesten tagende Konferenz der Vertrauens- und Betriebsratsobleute des Bergarbeiters Deutschlands nimmt mit Entrüstung Kenntnis davon, daß der Schlichter für Schlichtungen die Verbindlichkeitsklärung des in der Schieferindustrie gefällten Schiedsspruches abgelehnt hat.

Durch das Verhalten des Schlichters ist die Postage der Schieferarbeiter in keiner Weise gewürdigt und eine starke Gefährdung der Lebensinteressen der Arbeiter herbeigeführt.

Die Konferenz erwartet aber, daß die Herren Arbeitgeber der Schieferindustrie den einschiedenen Hinweis des Schlichters auf die Erfüllung des Schiedsspruches ernstlich beachten und seine Durchführung gewährleisten. Sollte das letzte gewerkschaftliche Mittel anzuwenden.

Damit ist der Weg klar vorgezeichnet. Bei den Arbeitgebern der Schieferindustrie liegt jetzt die Entscheidung, ob der Wirtschaftsfriede in der Schieferindustrie erhalten bleibt.

Der Streik auf den eisflüssigen Kaligruben

Ist durch Vermittlung des Arbeitsministers beigelegt worden. Am 3. Dezember wurde die Arbeit unter folgenden Bedingungen aufgenommen: 1. Es sollen keine Entlassungen wegen Streikbeteiligung erfolgen; 2. die Unternehmer werden mit den Vertretern der Belegschaft jeder Grube über den Abschluß eines neuen Kollektivvertrages verhandeln; 3. die Gewerkschaftsvertreter werden an alle Verhandlungen teilnehmen.

Interessenverbände und Wissenschaft.

Kamerad Viktor schreibt uns die unten folgenden Ausführungen auf Anfrage, die L. S. (Prof. L. Heyde?) in der „Sozialen Praxis“ gegen ihn veröffentlicht. Wir haben seinerzeit den Artikel Viktors, der selbst an den Verhandlungen teilgenommen hatte, aufgenommen, weil Brentanos Haltung in Prag in der Arbeiterschaft ganz allgemein als nicht glänzend empfunden wurde.

„Auch wir sind im Zweifel, ob die zögernde Haltung Brentanos in der Frage der Ratifikation des Abkommens von Washington im Augenblick der sozialpolitischen Reaktion in Deutschland aus inneren politischen Gründen angebracht war. Auch wir glauben, daß manche seiner Ausführungen von rücksichtlosen Arbeitgebern demüßigt zu ihren Gunsten ausgenutzt und mißdeutet werden. Einzelne Teile seiner Rede wären deshalb besser unterblieben.“

Die Veröffentlichung Raueckers hat sich selbstverständlich schon erfüllt. Die Unternehmerblätter haben fast alle in diese Kerbe gehauen. Selbst der „Kompas“, das Organ der Knappschichtarbeitergenossenschaft, der sonst in solchen Fragen noch etwas Zurückhaltung übt, sagt in seiner Nummer vom 5. Dezember u. a.:

„Brentano hat ungewollt ausgesprochen, daß das Festhalten am Achtstundentag in Deutschland durch den Londoner Pakt unmöglich gemacht ist.“

So hat es Brentano natürlich nicht gesagt, aber auch diese Stimme scheint uns zu beweisen, daß Brentanos Rede in einzelnen Teilen nicht klug war. Wenn dann ein Arbeiterdelegierter, der jahrelang — und besonders im letzten Jahre — die englischste Profipolitik der Ruhr- und unternehmer mit erlebte, in etwas temperamentvoller und in einer den Verhältnissen vielleicht auch nicht ganz gerecht werdenden Weise Stellung zu Brentanos Rede nahm, so rechtfertigt das u. U. doch nicht die Art der Abwehr, wie L. S. sie in der „Sozialen Praxis“ übt.

Er sagt, daß ein Teil der Gewerkschaftspresse Töne gegen die Vertreter der Wissenschaft anschlage, wie sie bis zum Kriege als das Vorrecht einiger kommunistischer Akademiker beiderlei Geschlechts galten. Beweise dafür führt er nicht an. Er sagt weiter, daß Viktor in seinem Artikel zuerst in einigen Sätzen

„die in der sozialistischen Presse eigentlich mehr vor 20 Jahren als heute üblich gewesenem Entschuldigungen dafür sammelt, daß die selbstbetonte Arbeiterschaft sich überhaupt an solchen Kongressen zu beteiligen die Bewegtheit habe.“

Die Sätze in Viktors Artikel, die L. S. hier meint, lauteten folgendermaßen:

„Den Verhandlungen des Internationalen Sozialpolitischen Kongresses sind auch die Gewerkschaften mit reger Anteilnahme gefolgt. Wenn wir Gewerkschaftler auch noch immer dem alten Grundgedanken die selbst, so heißt die Welt“ auch noch und deshalb keine übermäßigen Erwartungen an Beschlüsse solcher Kongresse knüpfen, so brauchen wir dennoch nicht zu verkennen, daß die moralische Hilfe, welche die Arbeiterschaft durch diesen Weltkongress zuteil wird, doch wertvoll ist.“

Der Kampf, der zwischen Kapital und Arbeit ist, wird noch immer mit ungleichen Mitteln ausgefochten. Das Kapital bedient sich bei diesem Kampf zum großen Teil noch immer der Staatsapparate, der Wissenschaft und der überwältigenden Mehrheit der Presse und ist damit imstande, die öffentliche Meinung „zu machen“. Die Arbeiterschaft steht gewöhnlich im Kampfe allein, sie kann sich nur auf ihre eigene Kraft verlassen. Wenn sich nun Menschen finden, die ihr zu Hilfe eilen, die nicht als Arbeiter ansprechen kann, so wird sie selbstverständlich deren guten Willen anerkennen und ihnen dies hoch anrechnen. Der Internationale Sozialpolitische Kongress bestand in der Hauptsache aus solchen Teilnehmern, die es auch ehrlich mit dem Weiterstreifen der Sozialpolitik meinen. Sie gaben ihrem Kongress ihr Gepräge. Es waren zum Teil Gelehrte, die sich noch, unabhängig von der offiziellen Atomwissenschaft, ein Urteil gewahrt haben, früherer Staatsmänner, die der Sozialpolitik freundlich gegenüber sind, und sonstige Freunde sozialistischer Bestrebungen. Die Gewerkschaften, die dort vertreten waren, kamen mehr zu informativen Zwecken.“

Rechtfertigen diese Sätze die Art und Weise, wie L. S. sie interpretiert? Wir glauben: nein! Das ist ein Verfahren, das nicht dazu beiträgt, Sozialreformer und Arbeiterschaft einander näher zu bringen. Ueber die Tonart hat also L. S. Viktor kaum Vorwürfe zu machen. Wir möchten aber in der Sache selbst keine Polemik mit der „Sozialen Praxis“ führen und geben deshalb Viktor zu seiner Erwiderung das Wort. Er schreibt:

Die kritische Würdigung, die ich in Nr. 42 unserer „Bergarb.-Ztg.“ dem Verhalten des Herrn Professors Brentano aus dem Internationalen Kongress für Sozialpolitik in Prag zuteil werden ließ, hat bei einem L. S. Anstoß erregt. In einer Abhandlung, die L. S. „Interessenverbände und Wissenschaft“ betitelt und in Nr. 48 der „Sozialen Praxis“ vom 7. November 1921 veröffentlicht, versucht er, meine „Anmaßungen“ niedriger zu hängen. Wenn L. S. bei diesem Bestreben mir nicht untergeschoben hätte, daß ich mit einem Teil Arbeiter zu den Reuten gehöre, die auf die Wissenschaft, wenn sie ihnen nicht nach dem Rande rehet, verächtlich blicken, würde ich es nicht für der Mühe wert erachtet, auf seine Ausfälle etwas zu erwidern, da es mir sehr gleichgültig ist, wie ein L. S. meine Tätigkeit als Gewerkschaftler beurteilt.

Die Unterstellung, daß ich die Wissenschaft verachte, muß ich jedoch entschieden zurückweisen, weil sie nicht wahr ist. Wie könnte ich als Arbeiter auch dazu, ein Verächter der Wissenschaft zu sein? Aus dem Studium der Werke der großen Denker unserer Bewegung wird gewiß kein Arbeiter eine Abneigung gegen die Wissenschaft gewinnen. Viel eher das Gegenteil. Ich für meinen Teil habe mir z. B. aus Ferdinand Lassalles glänzender Verteilungsrede die Wissenschaft und die Arbeiter die höchste Stelle, wo er von der Wichtigkeit der Wissenschaft und der Arbeiter die Befreiung oder Kulturhindernisse erwartet und er deshalb dieser Allianz, solange er adrem konnte, sein Leben widmen wollte, bereits beim ersten Besuche eingepreßt. Das Studium des Briefwechsels Marx-Engels, der mir einen Einblick vermittelte, wie nahe und aufopferungsvoll die Arbeit eines echten Wissenschaftlers ist, hat mich auch mit Anerkennung und Achtung vor wahrer Wissenschaft erfüllt. Wird auch nicht durch Freilichtungs „Requiescat“, das in den letzten Schluß ausfällt: ... doch auch dessen, der mit Schabel und

mit Hirn hungernd pflügt, sei nicht vergessen“ — jeder Arbeiter dazu ermahnt, Wissenschaft und Wissenschaftler zu achten?

Wenn ich trotzdem in meinem Aufsatz das Wort Wissenschaft in Anführungsstrichen brachte, so geschah dies aus dem Grunde, weil viele „Wissenschaftler“, die als solche auftreten, nicht mit Schabel und mit Hirn pflügen, sondern tatsächlich nach der von L. S. zitierten Here im „Faust“ ihre „Wissenschaft“ geschickt bekommen und zwar von rührigen Unternehmern. Dies trifft in erster Linie auf viele Vertreter der Gewerkschaftswissenschaften zu. Es ist jedoch eine verlorene Mühe, mit L. S. darüber zu streiten, genau so wie es verlorene Mühe wäre, mit der Masse der Vertreter der deutschen Rechtswissenschaft darüber zu streiten, ob wir in Deutschland eine Klassenjustiz haben. Gerade diejenigen, welche die Klassenjustiz gefüllt haben, würden die Bezeichnung „Klassenjustiz“ als eine Verdächtigungsmaßnahme der Rechtspflege ansehen.

Bei dem Bestreben, mich gründlich zu erledigen, will L. S. auch geistreich sein. Er macht also Witze. Da ihm aber kein geistlicher einfallt, muß das abgedroschene Wort Inflation zu einer neuen „geistreichen“ Verbindung herhalten und so wurde der neue Begriff „Inflationsschwund“ geprägt, womit die jüngeren Gewerkschaftssekretäre gekennzeichnet werden sollen. Jedenfalls besteht bei L. S. ein gewisser Mangel an Begriffs und da hat er mit Vorphisto im „Faust“ gedacht: „Da stellt ein Wort zur rechten Zeit ein.“ Doch er hatte Pech gehabt. Bei ihm stellte sich nicht das richtige Wort zur rechten Zeit ein; er hat vollständig danebengehauen. Alle Welt weiß nämlich, daß die Inflation keine ästhetische Zeit für das Auftreten von Gewerkschaftssekretären bot, wohl aber für viele „Wissenschaftler“, denen sie die Gelegenheit brachte, die Welt mit neuen Wahrheiten zu beglücken. Man könnte also eher von „Inflationsschwund“ sprechen. Der Ruhm der Inflationisten dieser Wissenschaftler, die während des Krieges die „Lehrbühne“ Kumborgs verbrachten und die später „wissenschaftlich“ bewiesen, daß durch Fleisch die Surrogate denselben Nährwert abgaben wie vollwertige Lebensmittel u. a. m., ließ sie nicht ruhen. Sie mußten zumindest gleichartige „wissenschaftliche“ Entdeckungen machen. Sie bewiesen dann auch z. B. mit „wissenschaftlicher“ Gründlichkeit, daß 1920, 21 und 22 die Betriebe „nur von der Substanz zehrten“, daß der Handel zugrunde gehen mußte, weil es jedem Handelsmann so erginge werde wie jenem armen Fabrikanten, der eine Fabrik besaß, nach jedem Warenjahre aber immer ärmer wurde, später nur einen kleinen Eisenladen sein eigen nannte und der für den letzten Warenjahrs nur einen Nagel ersehen konnte, den er in die Wand schlug und sich daran aufhängte. Wenn man an die Tätigkeit dieser „Wissenschaftler“ zurückdenkt, so muß man sich sagen, daß Nietzsche nicht recht hatte, als er schrieb, daß auch die Wissenschaft nur den Narren des Volkes gezogen haben. Nein, ganz gewiß nicht, die Art „Wissenschaftler“ haben nur den Narren einer bestimmten Klasse gezogen.

Herr L. S. wirft mir weiter vor, daß ich als Arbeiter nicht mit der jede bescheidene Natur beschämenden Unterlegenheit einem Gelehrten begegne und daß mein Aufstoß einen erschreckenden Mangel an Disziplingefühl offenbare, der nicht für wenige der jüngeren Gewerkschaftssekretäre typisch sei. Das ist natürlich ein Verbrechen, das nicht ungeahnt bleiben darf. Wie kann auch ein Arbeiter wagen, Kritik an den Ausführungen eines Professors zu üben? Der hier scheint gar nichts mehr von dem Untertanengeist in sich zu haben, sonst würde er gewiß nicht wagen, über eine Sache so natürlich zu schreiben wie er denkt. Doch mag L. S. sich beruhigen; ich werde jedem die Ehre erweisen, die ihm gebührt. Auch Herr Professor Brentano habe ich, als er zum Rednerpult schritt, aufrichtigen Respekt gesollt. Nachdem aber der Herr Professor seine bekannte Rede hielt, bin ich sprachlos geworden. Ich konnte es nicht fassen, daß einem Gelehrten, der nach L. S. der größte der zeitgenössischen Sozialpolitiker aller Länder ist, der ungebührliche Widerpruch, der zwischen dem Anfang, dem Schluß seiner Rede und seinem Verhalten bei der Abstimmung über die Entscheidung zur Achtstundentagsfrage seiner Rede nicht selbst betont, daß er nicht Anhänger des Achtstundentages aus irgendeiner sozialen Empfindung, sondern aus wissenschaftlicher Überzeugung sei, so hätte ich seine späteren Ausführungen und sein Verhalten verziehen können, da ich mir dann sagen konnte, daß ihn im Verlauf seiner Rede eine andere Empfindung beherrschte hätte und mit ihm durchging. Die späteren Beschönigungen, die seine Freunde machten, scheinen die Tatsache nicht aus der Welt, daß er selbst sagte, daß durch den Achtstundentag die Produktion gesteigert werden könnte, und doch später erklärte, daß Washingtoner und Londoner Abkommen sich nicht vereinbaren.

Kritisch ist die Stelle, wo L. S. eingesteht, daß es gut war, daß die Jouhaux und Genossen von Brentano die Wahrheit gesagt bekommen haben. Hier scheint mir des Rätsels Lösung zu liegen. Wohl haben es unter sich einige Niederräger bereits in Prag ausgesprochen, daß der ganze sozialpolitische Kongress Nebenjache und die Hauptsache sei, daß ein Mann vom Bestraute eines Brentano vor dem Forum der Welt die Reparationsfrage behandeln konnte. Und dann wundern sich die Deutschen, daß ein Gewerkschaftsvertreter, dem der sozialpolitische Kongress keine Nebenjache bedeutete, seiner gerechten Empörung Ausdruck gibt.

Da bei meiner „Erlebung“ durch L. S. auch der Geist unseres verstorbenen Kameraden Hue herausbeizubringen und bedauert wird, daß jetzt ein so Unwürdiger wie ich beim Verbands tätig sein kann, fühle ich mich versucht, zu denken, wie Kamerad Hue wohl über die Sache gedacht hätte. Dabei glaube ich berechtigt zu sein, eine gewisse Parallelität zwischen Spaa und Prag zu ziehen. In Spaa fühlte sich Hugo Stinnes als Wehrheitskinder-Genosse, der da glaubte, daß, wenn er seine Meinung sagt, die Entente vor ihm ins Loch kriechen würde. Wie Kamerad Hue aber über das Verhalten dieses Wehrheitskinders urteilte, ist bekannt. Wenn ich mit meiner Vermutung recht haben sollte, daß auch die Wehrheitskinder in Prag aus ähnlichem Geiste wie die in Spaa gehandelt wurde, so kann ich gewiß sein, daß ich wegen meinem Aufstoß von Hue keine Rüge erhalten hätte. Auch was die Form anbetrifft, in der ich meine Meinung zum Ausdruck brachte, glaube ich, daß Kamerad Hue mir deswegen den Kopf nicht waschen würde. Er konnte nämlich in seiner göttlich weisfälligen Grobheit, wenn es erforderlich war, einen viel klugeren Ton anschlagen.

Auf den letzten Spießertumsp, den L. S. gegen mich ausspielt, indem er mir vortritt, daß ich noch in den Bindeln gelegen hätte, als Brentano bereits Weltruf besaß, und ich mir deshalb nicht herausnehmen dürfte, in der beanstandeten Form über Brentano zu schreiben, möchte ich nicht eingehen. Ich bin nämlich nicht hochstolz genug, um auf diesen Vorwurf mit einer bekannten Stelle des Baccalaureus aus Goethes „Faust“ zu antworten. Wenn unser L. S. glückt, daß ich deswegen kein Recht hätte, berühmte Männer zu kritisieren, weil noch kein Heldentat meine eigenen flehhaften Taten vermindert, so möge er doch bedenken, daß ich dann niemals ein Wort zu sagen wagen dürfte, weil bei meiner Tätigkeit in der Arbeiterbewegung Heldentaten, die mit Toti-tata und mit Tarara-humm-tara in die Welt hinausposaunt werden, sehr schlecht zu vollbringen möglich sind. Er wird wohl deshalb „gütig“ erlauben, daß ich auch ohne „Vollbringung“ eigener Heldentaten mir erlauben werde, über berühmte Männer meine Meinung zu äußern, selbst auf die Gefahr hin, daß sie mir noch mehr seinen Unwillen darüber einbringen. Frik Viktor.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Interessengemeinschaft Wolf-Lanz.

Die Maschinenfabriken Wolf-Lagdeburg und Benz-Mannheim haben eine Interessengemeinschaft geschlossen, die den gegenseitigen Konkurrenzkampf ausschließen soll. Es wird als falsch bezeichnet, daß es sich hier um eine engere Fügung handle. Der bezeichnete Zweck solle nur erreicht werden — bei voller Selbstständigkeit der beiden Firmen, Beibehaltung getrennter Betriebe und getrennter Verkaufsorganisation — durch Vertiefung und Typisierung der Produktion sowie durch Ersparnisse in den Verkaufsorganisationen und im Marketing.

So ist der Anfang immer...

Reparationsleistungen im November.

Das Bureau des Generalagenten für die Reparationszahlungen veröffentlicht die Zahlen für November. Danach nahm er ein im November insgesamt bis 30. Nov. 235,921 Millionen Goldmark. Er führte ab an

Table with 3 columns: Country, November, Total up to 30.11. Rows: England (21,334, 59,285), Frankreich (30,989, 91,831), Italien (5,549, 18,992), Belgien (7,241, 28,061).

An Japan, Jugoslawien usw. gingen nur geringe Lieferungen. Für die internationalen Kommissionen wurden ausgegeben in Millionen Goldmark:

Table with 3 columns: Commission, November, Total up to 30.11. Rows: Reparationskommission (0,667, 2,415), Rheinlandkommission (1,250, 3,760), Militärkommission (1,000, 3,000), Marinekontrollkommission (-, 0,070).

Das Goldniveau der internationalen Ernährungsziffern.

Die Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ macht in ihrer Nr. 20 den interessantesten Versuch, die internationalen Ernährungsziffern für die Ernährungsleistungen im ersten Halbjahr 1921 in Goldwert anzugeben und so einen Vergleich der Schwankungen in den Lebensunterhaltskosten der einzelnen Länder zu ermöglichen. Die Vorkriegszeit ist dabei mit 100 angenommen und bezieht sich meistens auf Zahlen der zweiten Hälfte des Jahres 1914. Die Goldniveaus beauftragen sich in den beiden Monaten Januar und Juli 1921 demnach wie folgt:

Table with 4 columns: Country, Jan. 1921, Juli 1921, Jan. 1914, Juli 1914. Rows: Deutsches Reich (127, 126, 138, 137), Österreich (Wien) (91, 101, 155, 147), Tschechoslowakei (130, 131, 91, 95), Ungarn (180, 133, 151, 154), Polen (Warschau) (165, 189, 121, 119), Finnland (137, 132, 146, 140), Schweden (160, 151, 141, 139), Norwegen (121, 124, 145, 146).

Wie die Uebersicht zeigt, weisen im ersten Halbjahr 1921 (Januar-Juli) vornehmlich die Länder, deren Währung eine merkliche Entwertung durchgemacht hat, die niedrigsten Ernährungsziffern auf. Unter den acht Staaten mit den niedrigsten Wehrziffern ist kein Land, dessen Währung gegenüber der Vorkriegsperiode nicht um weniger als ein Drittel entwertet ist. Besonders tief lagen in ihrem Niveau die Wehrziffern von Frankreich und Österreich. Beide Länder unterschritten sogar in einigen Monaten den Stand vom Jahre 1914. Eine gewisse Ausnahme bilden mit ihren hohen Goldniveaus die beiden Zollverbandsländer Polen und Ungarn. Der Preisstand der Ernährungsleistungen in Polen stand im ersten Halbjahr 1921 in einer besonders starken Abwärtsbewegung. In Ungarn wiesen sich auch im Goldniveau der Ernährungsleistungen die starken Schwankungen aus, in der sich die ungarische Währung in dieser Periode befand. Ein ähnlich wechselvolles Bild zeigen in kleinerem Maßstabe die Wehrziffern von Frankreich, dessen Währung in dem ersten Halbjahr 1921 mehrfach Auf- und Abwärtsbewegungen ausgesetzt war.

Unter den Ländern, deren Gold-Wehrziffern für die Ernährungsleistungen am höchsten lagen, sind fast sämtlich die Staaten vertreten, deren Währung durch den Krieg und seine Folgen nur geringe Einbuße erlitten hat. Abgesehen von Polen und Ungarn, für die besondere Verhältnisse entscheidend sind, ist unter den acht Ländern mit den höchsten (Gold-) Wehrziffern keines, dessen Währung gegenüber der Friedensperiode eine größere Einbuße als 13 Prozent erlitten hat.

Gewerkschaften und Handelsvertragsverhandlungen.

Das kürzlich vom Vorstand des ADGB. an das Reichswirtschaftsministerium gerichtete Schreiben, in dem diese Organisation ihr Bestreben über die Nichtbeteiligung von Gewerkschaftsvertretern zu den deutsch-französischen Handelsverhandlungen ausspricht, ist nicht ohne Resultat geblieben. Vor einigen Tagen ist dem ADGB. und den übrigen Spitzenverbänden vom Auswärtigen Amt mitgeteilt worden, daß die Reichsregierung bei den künftigen Handelsvertragsverhandlungen der Forderung der Gewerkschaften entgegenkommen wird. Die Gewerkschaften sollen namentlich ihre Vertreter ernennen, damit ihnen zu gegebener Zeit die Einladung zu den Verhandlungen zugehen kann.

Der Berliner „Vorwärts“ schreibt in diesem Zusammenhang u. a.: „Die Sachverständigen der Gewerkschaften aus den verschiedenen Wirtschaftszweigen, wie Eisen, Kohle, Textilien, Glas usw., werden besser als die Unternehmervertreter die psychologischen und sozialpolitischen Faktoren, die doch im Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt von Tag zu Tag eine wichtigere Rolle spielen, bei den Verhandlungen im Auge behalten. Bei den Handelsvertragsverhandlungen handelt es sich nicht lediglich um Probleme der Warenproduktion, sondern auch um den großen Einfluß der sozialpolitischen Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern. Es ist deshalb nur zu begrüßen, daß bei den weiteren Handelsvertragsverhandlungen auch die Sachverständigen der Gewerkschaften ein Wort mitreden werden.“

Von den Betriebsräten.

Gegen die Entrechtung der Betriebsräte.

Mit den fortwährenden Bestrebungen, die Rechte der Betriebsräte immer mehr zu beschränken, beschäftigten sich am Sonntag, den 30. Nov., die Vertrauensleute und die Betriebsräte unserer Verwaltungen G l a b b e d. Nach einem eingehenden Referat des Kameraden Schütt-rigkeit-Buchum wurde folgende

Entscheidung

gegen eine Stimme angenommen:

„Die am 30. November 1921 in Glabbed tagende Konferenz der Vertrauensmänner und Betriebsräte der Schachtanlagen der Verwaltungen G l a b b e d des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands, umfassend die Ortsteile Glabbed, Buer, Gohl-Emscher, Bottrop, Osterfeld, Forten, Forten und Ungegend, protestiert aufs schärfste gegen die Entrechtung und Entwürdigung der Betriebsräte durch das Unternehmertum unter teilweiser Umgehung der vereinbarten Richtlinien zum Betriebsrätegesetz und sonstiger Bestimmungen.“

Der Standpunkt des Unternehmertums und seiner Presse, daß die Betriebsräte bisher praktisch nichts geleistet und nur eine Belastung des Bergbauunternehmens bedeuten, ist falsch. Tatsache ist, daß seitens der Bergbauunternehmer und ihrer Auftraggeber fast durchweg Schwierigkeiten gemacht werden. Hauptächlich trifft dies auf die Durchsichtigmachung der Betriebe zu. Anstatt den Betriebsräten Einblick in das einschlägige Material zu gewähren, wird es ihnen verweigert. Den Angehörigen und Beamten wird zum großen Teil verboten, den Betriebsräten einschlägiges Material zugänglich zu machen.

Die Unternehmerpresse schreibt, daß praktische Vorschläge zur Beseitigung von Unfällen und zur Hebung der Produktion von den Betriebsräten nicht gemacht worden seien. Tatsache ist, daß man seitens des Unternehmertums praktische Vorschläge der Betriebsräte in der Regel zurückweist. Es darf ja nichts kosten. Die Betriebsräte sollen nicht populär werden, sondern liberal findet man auf deren Befestigung. Diesen Widerstand der Zechenunternehmer zu brechen, betrachtet die Konferenz als dringendste Aufgabe der Organisation und der amtierenden Betriebsräte. Der Schutz der Arbeiterschaft in den Betrieben darf nicht verfallern, sondern muß noch bedeutend erweitert werden. Aus der Mitwirkung muß sich Mitbestimmung entwickeln.

Auf knappschichtlichem Gebiet vertritt die Konferenz den Standpunkt, daß nicht abgebaut, sondern alle Kraft dahin konzentriert wird, das Bestehende zu halten und weiter auszubauen. Das Streikverbot muß in jeder Hinsicht durchgehend sein. Die Konferenz ist der Meinung, daß die

Mit der Einführung von Spannungslöhnen in den einzelnen Arbeitergruppen...

Daß sich die Zustände so weit zuspitzen konnten, ist nicht zuletzt Schuld derjenigen...

Die Organisationsleitung wird beauftragt, auf sozialem und arbeitsrechtlichem Gebiete alles zu tun...

Betriebsräte-Neuwahl. Sieg der freien Gewerkschaften.

Auf den Schichtanlagen des Maschinenkonzerns, die bis vor kurzem unter französischer Regie standen...

Bei der letzten Betriebsratswahl im März betrug die Gesamtbelegschaft auf diesen drei Schichtanlagen 10128 Mann...

Aus der Genossenschaftsbewegung.

Was genossenschaftliche Selbsthilfe vermag.

Die 1500 britischen Konsumvereine haben 5 Millionen Mitglieder (20 Millionen Köpfe). Die Eigenproduktion ist ganz gewaltig.

- 9 Kornmühlen, 2 Fabriken für Futtermittel, 2 Schuhfabriken und 1 Gerbereien, 2 Woll- und Jutewarenfabriken, 4 Metallwarenfabriken...

Außerdem besitzen die Großhandlungsgesellschaften: 23 Landgüter (wovon die größten mehr als 1600 Hektar) mit einem Areal von 31 000 Hektar...

Das alles ist im Laufe der Zeit erwachsen aus dem kleinen Laden der Pioniere von Rochdale.

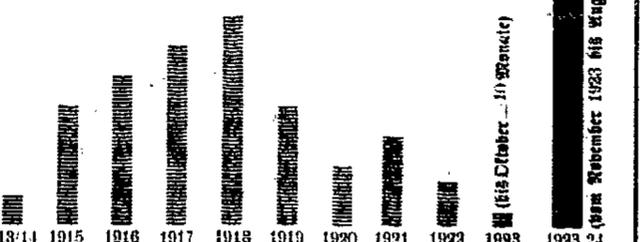
Private Wirtschaft oder Gemeinwirtschaft?

Die kapitalistischen Versicherungsgesellschaften haben während der Inflation ihren Versicherungsbetrieb eingestellt...

Die Folge dieser seit November 1923 erfolgten Umstellung war für die Hinterbliebenen der Versicherten so segensreich...

Ausgezählte Versicherungssummen in Goldmark seit der Gründung der Volksfürsorge bis zur Umstellung...

Table with 2 columns: Year (1913/14 to 1923) and Amount in Gold Marks (18 678 M. to 8 628 M.).



Seit der Umstellung zahlte die Volksfürsorge 531 696 Mark. Diese Leistungen liegen unergreiflich da und veranschaulichen den Nutzen der Volksfürsorge...

Knappschäftlimes.

Bezirksversammlung der ober-schlesischen Knappschäft.

Wesentlich wie an anderen Stellen, ist auch die Bezirksversammlung der ober-schlesischen Knappschäft ergebnislos verlaufen.

Annahme. Dadurch müssen die Knappschäftsmittelglieder die Mehrleistungen der Krankenversicherung noch weiter entbehren.

Nach einem Teilungsabkommen zwischen der deutschen und der polnischen Regierung war der Sitztag des ober-schlesischen Knappschäftsvereins der 30. Juni 1922.

Artikel 45 des Teilungsabkommens besagt u. a., daß diese Vereinbarung so lange ihre Gültigkeit behält, solange die deutsche Mark das einzige Zahlungsmittel in Polnisch-Oberschlesien bleibt.

Nach § 31 des RAG. kann die ober-schlesische Knappschäft auch ihren Pensionären, die in Polnisch-Oberschlesien wohnen, keine Pension zahlen.

Die Pensionäre der polnischen Knappschäft, die in Deutsch-Oberschlesien wohnen, erhalten seit dem 1. Januar 1921 weder von der deutschen noch von der polnischen Knappschäft Pension.

Als Vertreter der deutsch-oberschlesischen Bergarbeiterschaft und der in Not geratenen Invaliden, Witwen und Waisen fordern wir:

- 1. Mittel zur Auszahlung der rückständigen Pension zur Verfügung zu stellen; 2. die für die Verhandlung mit der polnischen Regierung zuständigen Stellen anzuweisen, das Verfahren so zu beschleunigen...

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Die Lage des Arbeitsmarktes in Bestfalen und Lippe.

Große Veränderungen waren in der Woche vom 1. bis 6. Dezember auf dem westfälisch-lippischen Arbeitsmarkt nicht zu verzeichnen.

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Die praktische Arbeit christlicher Betriebsratsmitglieder.

Wie uns mitgeteilt wird, wurde auf Grube Concordia Süd in Völs durch die Werkverwaltung angeordnet, daß am Bus- und Bettag die Nachschicht arbeiten müsse...

In einer Besprechung zur Regelung der Arbeitszeit während der Weihnachtsfeiertage mit dem Arbeitgeberverband stellten die Unternehmer an die Arbeiter das gleiche Ansinnen.

Sachsen, Brandenburg und Thüringen.

Ein unzulässiges Unterschriftenmanöver.

Die Arbeitgeber für den sächsischen Steinkohlenbergbau beschließen, von Arbeitnehmern, die nach § 5 des Tarifvertrages vom 21. August 1921...

Hierdurch erkläre ich, daß ich die bisher bezogene Deputatlohn nur für meinen eigenen Bedarf verwendet habe und daß weder ich noch einer meiner Angehörigen...

Wir empfehlen den organisierten Bergarbeitern, diese Erklärung nicht zu unterzeichnen.

Der § 5 Absatz 5 des Tarifvertrages, in dem es heißt: „Bei tarifwidriger Verwendung von Deputatlohn kann Anzeige bei der Staatsanwaltschaft und Verfolgung der unrechtmäßig verwendeten Menge zum vollen Tagespreise erfolgen“...

Nachdem die Arbeitgeber im sächsischen Steinkohlenbergbau in letzter Zeit die Deputate als Arbeitslohn mit errechnen, um dadurch den Gesamtlohn automatisch zu erhöhen...

Einheitsfrontopfer.

Herr Willi Schuppel von der Union mit dem langen Namen hat sich kürzlich wieder einmal an unsere Bezirksleitung in Luga-Debnitz gewandt, um die bekannte Einheitsfront herzustellen.

Herr Schuppel verlangt also wieder einmal, daß wir seinen Laden anerkenntem sollen, und dann soll eine (welche?) Organisation zusammengeschwiegt werden.

- 1. Verkürzung der Arbeitszeit auf 8 Stunden über Tage bezw. auf 7 Stunden unter Tage. 2. Erhöhung der Löhne. 3. Beseitigung der Kohlenlieferungen auf Grund des Londoner Planes.

Über Punkt 1, 2 und 3 braucht man nichts zu sagen, da sie Selbstverständlichkeiten ausprechen. Aber Punkt 3: Herr Schuppel weiß doch, daß wir den Londoner Plan, das Tanosgutachten, für das kleinere Uebel gegenüber der Weimarer hatten.

Und wie denkt sich Herr Schuppel die „Beseitigung auf Grund des Londoner Planes“? Oder sollen wir nach Adels Rezept die Franzosen am Rhein auf's Haupt schlagen?

Als: das Ganze war wieder einmal nur Schuppelkomödie!

Süddeutschland.

Standalöse Zustände auf der Grube in Benzberg. Als Zeitarbeiter zeigte sich in letzter Zeit immer mehr der Herr Ingenieur Dorffner.

Ein anderer Fall: Ein erst kurz in Arbeit stehender Kamerad verunglückte tödlich. Abends 10 Uhr fuhr die Unfallkommission mit Herrn Dorffner an, um die Unfallstelle zu besichtigen.

Der Herr Ingenieur hat sich erkundigt, was passiert sei, der Irr sich ganz gewaltig. Dem den Verunglückten begleitenden Kameraden wurde für versumme Arbeitszeit nur eine Stunde vergütet.

Ein anderer Fall: Ein erst kurz in Arbeit stehender Kamerad verunglückte tödlich. Abends 10 Uhr fuhr die Unfallkommission mit Herrn Dorffner an, um die Unfallstelle zu besichtigen.

Der Herr Ingenieur hat sich erkundigt, was passiert sei, der Irr sich ganz gewaltig. Dem den Verunglückten begleitenden Kameraden wurde für versumme Arbeitszeit nur eine Stunde vergütet.

Es hätte nicht viel gefehlt und der betreffende Arbeiter wäre noch wegen Bummelns bestraft worden.

Ein anderer Fall: Ein erst kurz in Arbeit stehender Kamerad verunglückte tödlich. Abends 10 Uhr fuhr die Unfallkommission mit Herrn Dorffner an, um die Unfallstelle zu besichtigen.

Der Herr Ingenieur hat sich erkundigt, was passiert sei, der Irr sich ganz gewaltig. Dem den Verunglückten begleitenden Kameraden wurde für versumme Arbeitszeit nur eine Stunde vergütet.

Es hätte nicht viel gefehlt und der betreffende Arbeiter wäre noch wegen Bummelns bestraft worden.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 51. Woche (vom 14. bis 20. Dezember) fällig. Wir bitten alle Kameraden um pünktliche Zahlung der Beiträge.

Kameraden, agitiert für den Verband!



# Der Jungtamerad

## Jugendweihnacht.

In die Höhe will es sich bauen mit Pfeilern und Stufen, das Leben selber, in weite Fernen will es blicken und hinaus nach seltsamen Schicksalen — darum braucht es Höhe!

Aus Niederungen zur Höhe! Das ist das allgemeine Ziel der Menschheit, das ist in besonderen das Ziel der Arbeiterklasse und in ihr wiederum muß es das Ziel der arbeitenden Jugend sein!

In Niederungen, abgeschlossen von materieller Wohlfahrt und geistlicher Höhe, werden die Kinder des Proletariats geboren. Die heute zu unserer Jungmannschaft zählen, blicken auf eine Jugend zurück, so elend und trostlos, wie sie nicht mehr da war seit den Zeiten des menschenverleedenden Frühkapitalismus. In zähem, jahrelangem Ringen stieg das Proletariat langsam, aber sicher empor zu Menschlichkeit und zum Mitgefühl seines eigenen Geschicks. Größer und größer wurde seine Macht, inniger seine internationalen Verbindungen und dann:

„Es sprang jählings der Krieg aus der Erde dultsamem Grund und schlug uns wie ein Tier seine Pranken ins friedliche Herz. Die wir die Erde liebten, zogen durch Meere von Feuer und Stürme von Er.“

Millionen schloß ein schmerzhafter Ruf für immer den Mund! Das Schlachtfeld ist tot. Nun blühen Blumen aus Helmweh und Blut. Es weht hier unsere Kraft.

Schicksal der Armeen. Sage, was ist schon dabei?“

Millionen jugendlicher Proletarier raubte der Krieg den Vater oder wie ihn als Krüppel zurück. Mütter gaben ihre letzte Kraft in der Fabrik und hungerten noch für ihre Kinder, um ihnen ein Stückchen Brot mehr zukommen zu lassen. Körperlich, geistig und seelisch verlor die Masse unseres Volkes in grauenhafte Niedrigkeit. Dann aber wollte es besser werden! Um Millionen verstärkte sich die Armee des Proletariats, vieles wurde geschaffen, was früher nicht da war. Grundlagen der Jugendfürsorge, der Jugendbildung entstanden, ein Lohn wurde dem Jugendlichen, der endlich das Unrecht auszugleichen schien, was früher Regel war. Aber man tritt über den Weg zum Ziel, stritt über die besten Kampfmethoden, während der kapitalistische Gegner seine Schanzengruben aufbaute und hineinschob in die Front des Proletariats. Er grübelte über die verlorene Jugend, die er mit seinem Krieg geschaffen, er setzte über die „hohen Löhne“ der Jugendlichen und er vermochte, dank der Uneinigkeit des Proletariats, seine Interessen als „wirtschaftliche Notwendigkeiten“ zu proklamieren.

Überlange Arbeitszeit und Lohndruck zermürben Körper und Geist der Proletarier, weil sie noch dumm genug sind, sich selbst zu bekämpfen, direkt und indirekt ihren Klassegegnern zu helfen.

Und die Proletarierjugend? Nur zu einem winzigen Teil hat sie erkannt, was not tut! Zum größten Teil trott sie gleichgültig zur Arbeit, Fremde kennt sie nur in Gestalt der Zigarette, des Alkohols, des ungezügelterten Sports. Das ist nicht das Leben der aufgeweckten Jugend, die unseres Volkes und der Menschheit Zukunftshoffnung sein soll. Dieser unserer Jugend singt der Dichter:

„In mir ist Kraft, die Welt zu zwingen!

Doch weil sie fest in dem Gefüge ruht,

Will ich nun selber mit mir ringen

Und bändigen das wilde Blut.“

Ich will den Werdegang beargwöhnen.

Der sicher seine Schöpfung baut

Und durch der Arbeit schwarzen Reifen

Als benedictus Sonntag blaut.

Was in mir gärt, soll sich gestalten

Zu schöner Form und edler Wucht.

Die Blüten sollen sich entfalten,

Der Stamm, die Krone und die Frucht!“

Ich will den Werdegang beargwöhnen! Das ist, was unsere Jungmannschaft sich als Ziel setzen muß. Warum ist es so, daß Millionen Schaffender darben, während Nichtstuer schlammern? Warum weinen Millionen Kinder vor Hunger, trotzdem ihre Eltern arbeiten ihr Leben lang? Warum sind fleißige Arbeiter wochen- und monatelang arbeitslos, während Hunderttausende überlang arbeiten müssen? Warum steht der wissenschaftliche Jüngling vor den Schätzen der Wissenschaft und Kunst, ohne an ihnen teilhaben zu können?

Begreift den Werdegang der Geschichte, der menschlichen Gesellschaft, die ihn die sozialistische Wissenschaft auch erklärt. Dann wird kein Interesse mehr für euch haben was Ferdinand Lassalle die „Koster der Enterbten“ nannte. Dann werdet ihr trotz farg zugewiesener matereller Gaben Zeit und Lust finden, zu studieren, wie notwendig die Zusammenfassung der Schaffenden in einer Organisation ist, dann werdet ihr stolz sein auf das, was diese Organisation schon geleistet hat, und voll Hoffnung werdet ihr mitarbeiten an dem, was als zu erfüllende Leistung noch vor euch liegt.

Friede auf Erden predigt die christliche Weihnachtsbotschaft dem Volk. Aber sie predigt vergeblich! Viele von denen, die nur zu gern — für die Armen — diese Botschaft im Munde führen, handeln nicht danach, sondern sind in ihrem Eigeninteresse der Teufel für ihre Mitmenschen.

Wir haben hier nicht über Religion abzuhandeln. Wie der Einzelne sich sein Weltbild gestaltet, sich seine Weltanschauung bildet, ist seine Sache. Aber auch seine Pflicht, die er nur in ernstem Streben nach Wissen und Erkenntnis erfüllen kann. Dann wird er begreifen, daß es vor allem eine Weihnachtsbotschaft für ihn gibt:

Selber endige die Klage,  
Selber erlöse die Verdrieten!  
Und die Vögel nicht man schrecken!  
Wie vor alten, alten Zeiten  
Voller Anbacht und Bescheiden:  
Friede, Friede sei auf Erden!

## Wetterlehre.

Die besonders für unseren bergmännischen Nachwuchs so außerordentlich wichtige Frage der Wetter und deren Bedeutung innerhalb des Grubenbetriebes wollen wir in einer Serie von fünf aufeinander folgenden Artikeln einer eingehenden Würdigung unterziehen.

### I. Grundlagen.

#### 1. Aufgaben der Wetterlehre.

Wetter sind die in der Grube auftretenden Mischungen von Luft mit einem oder mehreren der vorkommenden Gase. Man unterscheidet: gute Wetter, matte Wetter, denen der Sauerstoff mangelt, und böse Wetter, welche eine Mischung von schädlichen Gasen mit Grubengasarten darstellen.

Alle Maßnahmen, welche die Versorgung der Grubenbaue mit guter Luft in ausreichenden Mengen und bei erträglicher Temperatur bezwecken, gehören in das Gebiet der Wetterlehre.

## Stimme der Jugend.

Eure Welt ist grau.

eure Erde lol.

Unser Dimmel glänzt blau,

unser Blut brennt rot.

Weilhin über unsere Bahnen

schwengt Sonne ihre goldenen Fahnen.

Bund der Sonne wollen wir sein.

Brüder! Schwestern! Schwengt ein, schwengt ein!

Laßt uns, vom jungen Geist geführt,

dienen der einzigen Kraft und Tugend:

Jugend!

Eure Welt ist grau.

eure Erde lol.

Unser Dimmel glänzt blau,

unser Blut brennt rot.

Gebt Raum.

daß wir wieder Straßen zum Dimmel sehen.

und unserm Traum.

der Sonne verbrüderl entgegen gehen!

Der theoretische Bedarf des Menschen an guter Luft für die Atmung beträgt je nach seiner Tätigkeit zwischen 5 und 40 Liter in der Minute. Da eine reinliche Scheidung zwischen guter eingeatmeter und verbrauchter ausgeatmeter Luft nicht möglich ist, so muß auf Grund langjähriger Erfahrung die einer Arbeitsstelle zugeführte Wettermenge mindestens dreierhalb Kubikmeter in der Minute betragen, um die Luft dauernd gut atembar zu erhalten.

Die Bergbehörde geht noch weiter und schreibt deshalb als mindest verfügbare Wettermenge auf den Kopf der Belegschaft 2 Kubikmeter pro Minute vor. Aufgabe der Wetterwirtschaft ist es, diese Wettermenge dauernd heranzuführen.

Mit dem Eindringen in die Tiefe findet eine je nach den örtlichen Verhältnissen verschiedene Steigerung der Temperatur statt. In Deutschland liegt im allgemeinen die geothermische Tiefenstufe bei 3 Meter, d. h. bei Zunahme der Tiefe um 3 Meter steigt die Temperatur um 1 Grad Celsius. Damit nun in tiefen Gruben ohne Schädigung der Gesundheit gearbeitet werden kann, muß die Wetterlehre auch auf die Herabsetzung der Grubentemperatur auf ein erträgliches Maß bedacht sein.

Die in die Grube eingeführte Luft nimmt schädliche Beimengungen einmal durch den Atmungsprozess (z. B. Kohlenäure) in sich auf, dann aber auch treten Gase, welche die Atmung fördern, aus der Kohle, dem Gestein usw. aus; diese müssen entfernt werden. Das Mittel hierfür liefert ebenfalls die Wetterlehre, indem sie für eine hinreichende Verdünnung der Ansammlung von derartigen Beimengungen sorgt.

#### Beschaffenheit der Wetter.

a) Die in den Gruben auftretenden Gase.

Gute Luft besteht, sieht man von unangeordneten Beimengungen festerer Elemente ab, aus: 79,00 Prozent Stickstoff, 20,96 Prozent Sauerstoff, 0,04 Prozent Kohlenäure, zusammen 100,00 Prozent. Weiter enthält die Luft an konstanten Beimengungen Wasserdampf, Staub in feiner Form, von örtlichen Beimengungen Schwefel, Kohlenoxyd, Kohlenwasserstoffe u. a. m., die aber in kaum meßbaren Mengen auftreten. Luft von einer der oben geschilderten Zusammensetzung ist in der Grube gut atembar und gehört zu den guten Wettern.

Matte Wetter entstehen durch die Verminderung des Sauerstoffgehaltes der Luft auf dem Wege, durch die Grubenbaue; die Verminderung des Sauerstoffgehaltes ist auf die Atmung der Menschen und der Tiere, das Brennen der Lampen, die Zerlegung von Holz und anderen organischen Stoffen, die Oxidation von Kohlen usw. zurückzuführen. Vor allem vermehrt sich infolge der genannten Vorgänge der Kohlenäuregehalt der Luft, während andere schädliche Gase, wie Kohlenoxyd (CO), Methan (CH<sub>4</sub>), Schwefelwasserstoff (H<sub>2</sub>S) u. a. m. zurückzuführen. Die Kohlenäure wird nach den Untersuchungen von Schonborn, Hesse u. a. in folgenden Mengen in der Stunde bei der Atmung gebildet: ein Arbeiter = 60 Liter, ein Pferd = 100 Liter, eine Lampe = 11 Liter. Steigt der Gehalt der Kohlenäure auf etwa 3 bis 4 Prozent, so entstehen die Lampen und die Menschen haben unter Atembeschwerden, Kopfschmerzen usw. zu leiden. Derartige Wetter sind als matt zu bezeichnen. Immerhin ist der Gehalt der Kohlenäure nicht allein ent-

scheidend, sondern selbst ein Gehalt von 3 Prozent CO<sub>2</sub> kann noch ohne Beschwerden ertragen werden, wenn der Gehalt an Sauerstoff entsprechend hoch ist. Doch beginnt mit dem Erscheinen der Lampe für den Bergmann die Gefahr. Der Gehalt der Außenluft an Kohlenäure beträgt im allgemeinen 0,01 Prozent, in der Grube reichert sich die Luft bis auf etwa 0,10 bis 0,75 Prozent aus den weiter oben erwähnten Ursachen an. Da Kohlenäure das spezifische Gewicht 1,52 hat, also schwerer als die Luft ist, so sammelt sie sich in Vertiefungen an, die Zule an. Das Erkennungsmerkmal ist das sofortige Erlöschen der Lampe. Bei Gehalten über 3 bis 6 Prozent führt der Anfehalten in einem derartigen Gasgemisch zum Tode.

Böse Wetter entstehen durch Vermischung von schädlichen Gasen mit den Grubengasen. Zu den schädlichen Gasen gehören Kohlenoxyd, Methan und Schwefelwasserstoff. Kohlenoxydgas vom spezifischen Gewicht 0,75 entsteht bei unvollkommener Verbrennung. Vor allem ist dieses Gas ein Nebenprodukt des Grubenbrandes. Steigt der Kohlenoxydgehalt der Luft bis auf etwa 15 Prozent an, so wird das so entstehende Gemisch erstickend; allerdings ist ein derartiges Gemisch noch niemals in der Grube beobachtet worden. Kohlenoxyd trägt nicht nur zur Explosionsfähigkeit eines Luftgasgemisches bei, sondern es macht sich auch durch seine Giftigkeit unangenehm bemerkbar. Schon ein Luftgemisch von 0,2 Prozent Kohlenoxyd wirkt bei einem Aufenthalt von 1 bis 2 Stunden tödlich und, was besonders schlimm ist, in einem derartigen Gemisch brennt die Lampe noch, ohne daß irgendein sicheres Anzeichen für die Gefährlichkeit vorhanden ist. Im allgemeinen steigt nach den Untersuchungen von Wern der Gehalt von Kohlenoxyd in Grubengasen nur ausnahmsweise und nur im Anfang des Brandes auf über 1 bis 1,6 Prozent, nach Verlauf einiger Wochen sinkt er auf 0,005 bis 0,016 Prozent herab. Eine Kohlenoxydvergiftung macht sich durch Herzbeschwerden, Ohnmachtsanfälle und Krampfbildungen bemerkbar. Weiter kann Kohlenoxyd bei Schlagwetter und Kohlenstaubexplosionen, wenn der Sauerstoff der Wetter des Grubengas nicht vollkommen zu verbrennen vermag, ferner in der Nachschwabben von Sprengstoffen und Verbrennungsgasen von Benzololamotiven auftreten. Bei Vergiftungen durch Kohlenoxyd ist für beidseitige Zufuhr von frischer Luft oder aerometrischem Sauerstoff zu sorgen; auch ist, da die Sauerstoffaufnahme im Ruhestand eine Erwärmung des Körpers durch Einströmen in Lenden usw. angebracht.

Schwefelwasserstoff ist nach Brodmann ein giftiges, brennbares Gas (Spez. Gewicht 1,19), welches an dem süßlichen Geruch zu erkennen ist. Die Giftigkeit beruht auf der Auscheidung von Giftstoffen aus der Nierenfunktion und bei der Aufzählung des Sauerstoffes aus dem Blute. Bei Anwesenheit von Mengen über 0,1 Prozent in den Wettern treten Erkranungen ein, welche bei größeren Gehalten zum Tode führen können. Tiere sind gegen dieses Gas noch empfindlicher als die Menschen.

Schwefelwasserstoff bildet sich in der Grube durch Fäulnis organischer Stoffe unter Mitwirkung von schwefelhaltigen Verbindungen, besonders Leucht in Braun- und Steinsalzgruben. Zwiar der Gehalt der Wetter an Schwefelwasserstoff über 6 Proz., so wird das Gemenge explosiv.

Stickstoff bildet sich als Folge der Zersetzung von Mehlstein- und Tiererlementen. Da dieses Gas verhältnismäßig schnell vom Wasser und Gestein absorbiert wird, so sind Störungen in der Wetterversorgung mit seinem Auftreten nicht verbunden.

Das Grubengas, eines der am häufigsten auftretenden Gase, soll in dem Abschnitt 3 behandelt werden.

#### b) Feuchtigkeit der Wetter.

Der Wasserdampf ist nicht nur in der Außenluft, sondern auch in den Grubengasen vorhanden. Die Luft kann bei bestimmten Temperaturen nur bestimmte Mengen Wasserdampf in sich aufnehmen, man spricht dann von gesättigter Luft. Da bei der Erwärmung der Luft in der Grube auch das im Dampf vorhandene Wasser sich verdunstet und dabei einen je nach dem Grade der Erwärmung größeren oder kleineren Raum einnimmt, so vergrößert sich das Volumen des ausziehenden Wetterstromes.

Nach den Untersuchungen von Wegger bewegt sich der Wasserdampf in der Grubenluft nicht nur durch ruhende, sondern auch durch schwach bewegte Wetter aus eigener Kraft. Eine Verdunstung findet vorwiegend in der kälteren, eine Kondensation des Wasserdampfes in der wärmeren Jahreszeit statt. Im allgemeinen beträgt im Steinkohlenbergbau der Sättigungsgrad 75 Prozent.

Die Messung der Feuchtigkeit erfolgt durch Hygrometer, welche nur angenäherte Ergebnisse liefern, oder besser durch Schleuderthermometer in der von Brodmann angegebenen Weise. Die Wetter werden schon in geringer Entfernung vom einziehenden Schacht ziemlich gesättigt, der ausziehende Strom ist voll gesättigt.

Der hohe Feuchtigkeitsgehalt der Wetter wirkt auf Holz und Eisen ungünstig ein, indem er das Rosten fördert und das Letztere rosten läßt. Manche Gesteine, vor allem Schiefersteine, blähen sich auf und erzeugen dadurch Gebirgsdruck, welcher die Lebensdauer des Ausbaues verringert. Die Arbeitsfähigkeit des Menschen wird ungünstig beeinflusst, indem in feuchter Luft bei der Arbeit entstehende Schweiß nicht verdunsten kann und daher der Körper nicht die erforderliche Abkühlung bekommt.

#### c) Temperatur der Wetter.

Die Temperatur der Grubenluft nimmt einmal wegen der Erdoberfläche mit der Tiefe zu, dann wegen der in Steins- und Braunkohlengruben unvermeidlichen chemischen Vorgänge; auch ist die Temperatur in Gruben, welche unter Bergen bauen, höher als in unter dem Meere oder unter Tälern gelegenen Gruben. Kalte oder warme Wasserführungen wirken ebenfalls auf die Temperatur ein. Zu diesen natürlichen Einflüssen kommen solche hinzu, welche sich aus dem Betriebe ergeben. Die Bewegung der Wetter, Oxidationswirkungen des Sauerstoffes auf Kohle, Pyrite usw., Wasseraufnahme durch Salze beim Kalibergbau, Schieferarbeit und Gebirgsdruck beeinflussen ebenfalls die Temperatur.

Zu warmen Gruben muß die Temperatur herabgesetzt werden, um die Leute nach Möglichkeit arbeitsfähig zu erhalten. Eine Herabsetzung der Temperatur wird nur dann von Erfolg begleitet sein, wenn gleichzeitig der Feuchtigkeitsgehalt der Wetter vermindert wird. Die Herabsetzung der Temperatur kann einmal durch Kühlung, dann auch durch betriebliche Maßnahmen erfolgen. Bei der Kühlung hat man nach Herbst zwischen Zentralkühlung und Sonderkühlung einzelner Bauabteilungen zu unterscheiden. Das einfachste Mittel zur Kühlung ist das Abkühlen durch kalte Luft, d. h. durch Vermehrung der Wettermengen. Daneben kann durch Wasser oder künstliche Kühlmittel, wie flüssige Luft, Eis, Kältemittel und durch eine Vereinigung von künstlichen und natürlichen Kühlmitteln eine Herabsetzung der Grubentemperatur angestrebt werden. Nicht minder wichtig ist die Herabsetzung der Dampfsättigung durch Verwendung von eispaarunter Druckluft. Letzten Endes lassen sich auch durch geeignete Abba- und Bewetterungsmaßnahmen Kühlungswirkungen erreichen.

